

Klimapolitische Ziele

Wirtschaft ehrgeiziger als Bund



Bis 2020 könne der CO₂-Ausstoss um einen Viertel gesenkt werden, glaubt ein Gremium um den Aargauer FDP-Regierungsrat Peter C. Beyeler. *EQ*

Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltschutz sagen: Bis 2020 kann der CO₂-Ausstoss um einen Viertel abgebaut werden. Das ist mehr, als der Bundesrat anstrebt.

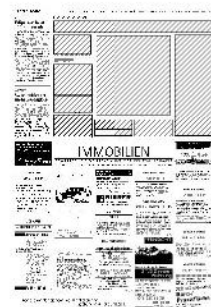
Kaum ein innenpolitisches Feld ist so vermint wie die Energiepolitik. Das war mit ein Grund, warum der Aargauer FDP-Regierungsrat Peter C. Beyeler vor drei Jahren den Energie-Trialog Schweiz angeregt hatte. Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sollten ungestört von den tagespolitischen Auseinandersetzungen und auf wissenschaftlicher Grundlage darüber diskutieren, wie die energiepolitische Zukunft der Schweiz aussehen sollte. Am Trialog beteiligen sich unter

anderem Unternehmen wie Axpo, ABB, Holcim, Migros und die Zürcher Kantonalbank, Organisationen wie der WWF und die Schweizerische Energie-Stiftung und Forschungseinrichtungen wie die ETH. Gestern wurde die Energiestrategie bis 2050 vorgelegt.

Auch langfristige Ziele erreichbar

Eines der wichtigsten Ergebnisse: Die Schweiz kann ehrgeizige klimapolitische Ziele erreichen. Bis 2020 könne der Ausstoss von Kohlendioxid um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, heisst es in der Strategie. Der Bundesrat hat bisher als Ziel 20 Prozent vorgegeben. Obendrein ist die Senkung laut Energie-Trialog Schweiz sogar vollständig im Inland möglich.

Auch die langfristigen Ziele des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Kli-



Argus Ref 36697611

maänderungen (IPCC) seien erreichbar. Der IPCC sieht eine Senkung um 50 Prozent bis 2035 und um 80 Prozent bis 2050 vor. Der Energie-Trialog Schweiz habe mit seiner Zielsetzung aber nicht den Bundesrat unter Druck setzen wollen, sagt Peter C. Beyeler. Der Bundesrat müsse sich an der Mehrheitsfähigkeit orientieren. Der Energie-Trialog habe das Machbare aufzeigen wollen.

Erstaunlicher Konsens

Um die Ziele zu erreichen, brauche es aber ein Bündel von Massnahmen. Dazu gehören die Erweiterung und der Ausbau der CO₂-Abgabe, die bisher nur auf Brennstoffe erhoben wird, die Aufstockung der Bundesmittel für die Gebäudesanierungen, eine hohe Energieeffizienz etwa der elektrischen Geräte und die stärkere Förderung der erneuerbaren Energien. Der Energie-Trialog spricht von einer zweiten Elektrifizierung der Schweiz: Strom müsse verstärkt an die Stelle fossiler Energieträger treten.

Aus Sicht von Hans-Peter Fricker, Chef von WWF Schweiz, ist der Konsens in der Klima- und Energiepolitik grösser geworden. Das zeige, dass Teile der Wirtschaft in der Klimapolitik weitergingen als ihr Dachverband Economie-suisse. Jürg Buri, als Geschäftsleiter der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) einer der heftigsten Kritiker der Stromindustrie, nennt die klare Stellungnahme für den Klimaschutz erfreulich. «Für diese Trägerschaft ist das ein erstaunlicher Konsens.»

Streit um die Stromlücke

Eine der am heftigsten umstrittenen Fragen war, ob es eine Lücke in der Stromversorgung geben wird. Denn ab 2020 laufen die Schweizer Atomkraftwerke aus, bereits ab 2016 die langfristigen Verträge mit Frankreich über den Import von (Atom-)Strom.

Der Energie-Trialog einigte sich darauf, dass es eine solche Lücke gäbe. Er bezifferte sie für 2035 mit 11 Terrawattstunden (TWh) und für 2050 auf 18 TWh. Das entspräche laut Beyeler 20 bis 30 Prozent des Bedarfs.

VON STEFFEN KLATT